

Ökologische Notwendigkeit und ökonomische Chance

Der hessische Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir sieht schnellen Handlungsbedarf für die Finanzindustrie, um die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Es gilt, ziemlich dicke Bretter zu bohren.

mann. FRANKFURT, 16. Oktober. Was könne der Finanzsektor für die Nachhaltigkeit tun, fragte der hessische Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Die Grünen) auf dem diesjährigen Sustainable-Finance-Gipfel in Frankfurt am Mittwoch. Zu der Veranstaltung lud das Green and Sustainable Finance Cluster Germany (GSFCG), eine von der Deutschen Börse und dem hessischen Wirtschaftsministerium getragene Branchenplattform.

Das Wort Nachhaltigkeit sei eigentlich recht alt, erklärte Al-Wazir. Aber erst in den frühen Neunzigern sei es wieder im täglichen Sprachgebrauch aufgetaucht. Heute sei dagegen kein Text mehr ohne das Wort „Nachhaltigkeit“ zu lesen, wenn von der Zukunft gesprochen werde. Spätestens nachdem auch der Fußballer Lukas Podolski in der Sportschau von einem nachhaltigen Spiel gesprochen habe, sagte der Grünen-Politiker, müsse man aber über die Begrifflichkeit reden. „Nachhaltigkeit bedeutet, nichts zu tun, was auf die Kosten der nachfolgenden Generation geht.“ Alle Sektoren müssten dazu beitragen – auch die Finanzindustrie. Dann könne aus der ökologischen Notwendigkeit eine ökonomische Chance werden.

So sei die Strategie des Bundes, Green Bonds zu emittieren, grundsätzlich richtig, sagte der hessische Wirtschaftsminister. Überbewertet dürfe das jedoch nicht werden – wenn das, was bereits emittiert wurde, nur umetikettiert werde. Kritik äußerte auch der anwesende Finanzstaatssekretär Jörg Kukies (SPD). Zwar habe man schon viele Fortschritte gemacht. Man müsse aber noch mehr machen. Das hieße nicht, mehr Vorschriften zu erlassen. Sorge besteht diesbezüglich vor allem bei kleineren und mittelständischen Unternehmen, die fürchten, möglichen Anforderungen von Regulierern nicht nachkommen zu können. Kukies forderte daher, dass zum Beispiel Transparenzaufgaben auch nach der Unternehmensgröße proportional umgesetzt werden müssten.



Im Palmengarten in Frankfurt: Welchen Beitrag kann die Finanzindustrie zur Nachhaltigkeit leisten?

Foto Antonia Mannweiler

„Ich erlebe viel Angst“, sagte dazu auch Silke Stremmlau, die im Vorstand der Hanoverschen Alterskasse sitzt und Teil des 38-köpfigen Beirats der Bundesregierung ist. „Nicht alle in der Branche sind begeistert über noch mehr Regulierung“, fügte sie hinzu. Zudem gebe es einfach noch viele Fragezeichen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele. Diese gebe es auch bei vielen Politikern, die aus ihrer Sicht die Thematik nicht richtig verstehen. Mit Investitionen in Windräder sei es nicht getan, erklärt Stremmlau. Georg Schürmann, Geschäftsführer der Triodos Bank und ebenfalls im Beirat, pflichtete dem bei: „Wir können keine Ostsee-Windräder finanzieren, wenn sie nicht gebaut werden.“ Die Politik muss die Rahmenbedingungen setzen, forderte er. Es brauche eine höhere Lenkungswirkung von der Politik, konstatierte Stremmlau. Nur dann könne der Finanzmarkt als rationaler Akteur handeln und zu innovativen Lösungen kommen.

Wie diese aussehen könnten, wird in dem Finance Cluster ausgearbeitet – gemeinsam mit Vertretern der Zivilgesellschaft und Unternehmen. Stremmlau sagte ganz bewusst, dass der Beirat zunächst einmal nur Thesen ausgearbeitet habe. Es gelte nun, diese zu diskutieren. Wie groß der Gesprächsbedarf zu einigen Themen war, zeigte sich in kleineren Runden, in denen einige Thesen detaillierter besprochen wurden wie zum Beispiel zu Transparenz, Offenlegung und Wirkung.

So besteht laut dem Finance Cluster keine ausreichende Verfügbarkeit von vergleichbaren, wesentlichen ESG-Informationen von Unternehmen. Die Abkürzung ESG steht dabei für Umwelt, Soziales und Unternehmensführung – Dimensionen für Nachhaltigkeit. Wie komplex allein die Interpretation eines Satzes sein kann, zeigte sich in den teils lautstarken Bemerkungen. So wurde beispielsweise die Frage gestellt, was denn wesentliche Informatio-

nen überhaupt auszeichne. Wie viele Fahrradstände ein Unternehmen zur Verfügung stelle? Es müsse um Datenqualität gehen, nicht um Quantität. Auch gingen die Meinungen bezüglich der Dokumentationspflichten von Unternehmen auseinander. So wurde zwar kritisiert, dass kleinere Unternehmen diese Aufgabe nicht ohne erheblichen Mehraufwand stemmen könnten. Gleichzeitig wurde angemerkt, dass es viel leichter für sie sei – da wesentlich kleiner – an Informationen wie etwa ihren Emissionsausstoß zu kommen. Für größere Konzerne sei dies dagegen wesentlich komplexer.

Der hessische Wirtschaftsminister Al-Wazir bezeichnete dann auch die Taxonomie für eine einheitliche Kategorisierung, was nun grün sei und was nicht, als eine Mammutaufgabe. Er sei zwar ein Optimist und kein Weltuntergangsherbeiseher. Dennoch müsse man handeln – und das schnell.